

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis n. 15.—21. November: 140 Milliarden frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verkehr . . . zuzügl. Postbestellgeld. Einzelnummern 17 000 000 000 M. Girokonto 50 b. d. Oberamtsparlatte Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Haberle & Co. Wildbad. Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Beitzelle oder deren Raum 1. Bez. Grundr. 126. Jahrb. 15 e. n. schl. Inl.-Steuer. Reklamazeile 70 M. Schlüssels. 500 Millionen Rabatt nach Tarif. Für Offset. u. b. Ausfertigung werden jew. 1 Milliarde mehr berechnet. Schluss der Anzeigenannahme: täglich 3 Uhr vorm. In Kontofällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gsch in Wildbad.

Nummer 269

Februar 179

Wildbad, Samstag, den 17. November 1923

Februar 179

58. Jahrgang

Vom Aufrechtstehen

Stehen bleiben! Wenn alles um dich zusammensinkt, und du müdest verzweifeln müsstest. Die Welt bleibt aufrecht, solange du dir selber nicht zu weichen erlaubst. So wirst du zum Heiden und zum Trostgebet für viele.

Ruhe halten! Wenn dich ein Tag in den andern hegt, wenn die Sorgen wie Rabenschwärme auf dich herabstürzen. Brauch Waffen, brauche Glieder — aber dein Innerstes halte frei vom Wirbel.

An den Menschen, der Gebot ist, traut sich kein Schicksal heran.
Georg Stammer.

Politische Wochenschau

Der Staatsstreich in Bayern vom 8. und 9. November ist vorüber. Es war nicht möglich, ihn noch in der letzten Rundschau zu besprechen, da vom Wehrkreiskommando nur die Wiedergabe der amtlichen Mitteilungen gestattet war. Zudem lauteten die Berichte so unsicher und widersprechend, daß man sich von den Vorgängen in München kein klares Bild machen konnte. Auch heute ist noch nicht alles zweifelsfrei geklärt, aber man kann jetzt doch erkennen, daß der von Adolf Hitler betriebene Putsch eine Unbesonnenheit erster Klasse war, die nicht nur keine Aussicht auf den von ihm beabsichtigten Erfolg haben konnte, sondern die das Reich in eine schwere Gefahr bringen mußte, selbst wenn Hitler in München Sieger geblieben wäre. Der Gedanke, von dem Hitler und General Ludendorff ausgingen ist Gemeingut der weitesten Volksschichten geworden und man hört ihn allenthalben in allen Spielarten, daß nämlich Reich und Volk zugrunde gehen müssen, wenn es mit dem Parteiwesen so weitergeht wie bisher, und daß zum mindesten die Parteiherrschaft nicht imstande ist, Deutschland die Rettung zu bringen; daß darum aber auch der Reichstag nicht die geeignete Stelle ist, sondern daß es dazu taikräftiger Männer bedarf, die den nationalen Willen verkörpern und sich nichtlos die Interessen der einzelnen Bevölkerungsschichten nach der Lebensnotwendigkeit der Gesamtheit bemessen. Soweit waren Hitler und Ludendorff wohl auch mit dem Generalsstaatskommissar von Kahr einig. Aber über den Weg gingen die Meinungen auseinander. Es ist jetzt so ziemlich festgestellt, daß Kahr, der General v. Lossow und der Polizeioberst Seißer nicht mit vorgehaltenem Revolver von Hitler gezwungen worden sind, sich dem Vorgehen anzuschließen. Das müßten ja merkwürdige Offiziere sein, die sich von einem Mann mit der Pistole zu einer augenblicklichen Verleugnung ihrer Ueberzeugung zwingen lassen, um sich nachher wieder selbst zu verleugnen. Aber daß sie ihre Einwilligung dann zurückzogen, als sie merkten, wo die Sache hinauswolle, das ist zu verstehen. Hat doch auch Ludendorff, der jener Versammlung im Bürgerbräukeller nicht anwohnte, stets vor Ueberlegungen gewarnt; als er aber sich vor eine vollendete Tatsache gestellt sah, wollte er den Freund nicht im Stich lassen — und das ist auch ihm zum Verhängnis geworden. Bedauerlicherweise ist viel Blut geflossen. War das nötig? Lag ein Grund vor, auf die mit übergehängtem Gewehr marschierende Truppe die Raschlingengewehre knallen zu lassen? Neben Ludendorff sank sein Diener tödlich getroffen zu Boden; es hätte gerade noch gefehlt, daß Deutschlands größter Feldherr unter den Augen der Reichswehr zusammengebrochen wäre, um dieses deutsche Trauerspiel voll zu machen.

Der Münchener Fall hat wieder gezeigt, daß mit Putsch das Schicksal des deutschen Volkes nicht erfüllt werden kann. Die Erlösung von allen Übeln kann ihm nur von deutschen Männern kommen, die in jeder Hinsicht groß sind. Haben wir solche, so wird die Rettung mit einem Ruck geschehen; haben wir sie nicht mehr oder noch nicht, so bleibt uns nichts, als den Reich des Lebens bis zur Reize zu leeren und in Geduld, aber nicht untätig, der Zeit entgegenzuharren, die sie uns bringen wird. Denn daß die Großen wiederkommen werden, darauf unerschütterlich zu bauen gebietet uns die Geschichte des deutschen Volkes. Rathenau hat einmal das leichtfertige Wort gesprochen, es komme nur darauf an, wie weit man ein Volk ins Unglück versinken lassen wolle. Ist das Höchstmögliche noch nicht erreicht? wird mancher fragen. Ist es noch nicht genug, wenn das Land durch Raub verstimmt, das Volk dem Hunger preisgegeben ist, sodas selbst Kriegsgefeinde Almosen sammeln; wenn die ganze Wirtschaft im Stichtum darniederliegt und Millionen ohne Arbeit und Verdien sind? Mit erschreckender Deutlichkeit hat die Einföhrung des wertbeständigen Gelds, der Rentenmark, gezeigt, wohin das deutsche Volk wirtschaftlich gekommen ist. Der trughafteste Schiefer, der durch die Notenspreßerei über die wahre Lage hinwegtäuschte, ist jetzt zerissen und mit Entsetzen wird das Volk in allen seinen Teilen gewahrt, wie im Reich heruntergewirtschaftet wurde. Die neue Rentenmark, die selbst keineswegs ein festes Gebilde ist, lan-

bern, so ist zu befürchten, bald auch ins Schwanken nach unten geraten wird, ist amlich zum Einstand 600 Milliarden Papiermark im Wert gleichgesetzt worden. Dieser „Kurs“ wird aber nicht einmal im Wertverhältnis zur Rentenmark gleichbleibend sein, denn dazu wäre mindestens das die Voraussetzung gewesen, daß mit der Ausgabe der Rentenmark sofort die Notenspreßerei pensioniert worden wäre. Das ist aber nicht geschehen: das Reichsfinanzministerium hat von der Befugnis, von dem verfügbaren Kapital der Rentenmarkbank 300 Millionen zinslos zu ziehen und zur Einlösung der Banknotenschuld bei der Reichsbank zu verwenden, bis jetzt noch nicht Gebrauch gemacht. Das wird seine Gründe haben. Die 300 Millionen Rentenmark entsprechen nämlich nach dem genannten Anfangskurs 180 Trillionen Papiermark (eine Trillion gleich eine Million Billionen). Nun rechnet aber die Reichsregierung nach einer halbamtlichen Mitteilung mit einem Anwachsen des Notenumlaufs auf 200 Trillionen, die 300 Millionen Rentenmark würden also, wenn die Annahme richtig wäre, der Regierung nicht nur keine Betriebsmittel mehr übrig lassen, sondern nicht einmal zur Einlösung der bei der Reichsbank in Pfand gegebenen Schatzscheine hinreichen. Je länger sich aber die Einlösung verzögert, um so kostspieliger muß sie werden, schon weil der Umrechnungskurs mit dem zunehmenden Notenbetrag immer mehr in die Höhe geht. Der vorgenannte Umrechnungskurs von 600 Milliarden entspricht dem amtlichen Berliner Dollarkurs vom 15. November mit etwas über 2½ Billionen Papiermark (im Neupost stand der Kurs übrigens auf fast 4 Billionen). Trotz der künstlichen Festhaltung des Dollarkurses ist er indessen nach ziemlich gleichen Zwischenschritten immer wieder emporgeschneilt, und das wird so weitergehen, solange der Notendruck nicht aufhört. Zwar hat die Regierung 80 Millionen Rentenmark (48 Trillionen Papiermark) ins Reich hinausgehen lassen, damit davon ungefähr ein Drittel der Gehälter und Löhne in dem wertbeständigen Geld bezahlt werden kann, aber diese Wohltat würde reichlich aufgewogen, wenn die Papiermark weiter sinken würde. Kursprünge wie die vom 15. November, wo der Dollar, der vom Münchener Putsch unberührt geblieben war, gleich um das Doppelte stieg und natürlich auch die Warenpreise mit sich riß, könnten das Volk zur Verzweiflung bringen.

Andererseits braucht aber die Reichsverwaltung sehr bedeutende Betriebsmittel. Das Reichsfinanzministerium hat es gewagt, den Reichshaushalt in Goldmark aufzustellen, denn mit der Papierwirtschaft war es unmöglich, den Haushalt zum Ausgleich zu bringen. Die Einnahmen deckten ja bekanntlich schließlich nicht mehr als 2 bis 3 Prozent der Ausgaben, alles übrige pflegte mit der zauberhaften Notenspreßerei bezahlt zu werden. Der Reichsfinanzminister wird über seine Rechnung selbst erschrocken sein. Bloß für die ordentlichen laufenden Ausgaben sind 34 Milliarden Goldmark nötig; Post und Reichseisenbahn und die außerordentlichen Ausgaben, die auch abgezogen von den Entschädigungsleistungen an den Feind, selbst bei größter Sparsamkeit nicht zu vermeiden sind — man denke nur an die Erwerbslostenfürsorge, die Brotversorgung usw. —, werden weitere bedeutende Summen erfordern. Die wirklichen Gesamt ausgaben dürften eine Höhe von 5 bis 6 Milliarden Goldmark erreichen, die Reichsverwaltung ist also viel, viel teurer geworden, als sie vor dem Krieg war (damals nicht ganz 4 Milliarden Goldmark), obgleich das Reich um verschiedene Provinzen kleiner geworden und statt 390 000 Soldaten kaum noch 100 000 und auch so gut wie keine Kriegsflotte usw. mehr hat. Wenn nun der Reichsfinanzminister die Reichseinnahmen auf höchstens 3,1 Milliarden Goldmark veranschlagt und die Scheinbedeckung durch Reichsbanknoten aufhören muß, so wird bei dem völligen Mangel an sonstigen Quellen ohne weiteres ersichtlich, welche gewaltige Steuerlast der deutschen Wirtschaft zu der bereits vorhandenen noch weiter aufgebürdet werden muß, wenn der Reichshaushalt ins Gleichgewicht gebracht werden soll.

Und dahinter steht wie ein drohendes Gespenst die Kriegsentwöhnung. Auf einen Sachverständigenausschuß, der unbefangene die „Leistungsfähigkeit“ Deutschlands prüfen und die Zahlungen danach einrichten würde, ist nicht mehr zu rechnen, nachdem es, wie zu erwarten war, Poincaré gelungen ist, durch seine unannehmbaren Bedingungen den Amerikanern die Beteiligung zu entziehen und die Engländer mit samt ihrer Reichskonferenz an die Wand zu drücken. In England balgt man sich in den nächsten Monaten um Schutzoll und Freihandel herum und wird zur Genugtuung des Herrn Poincaré für Deutschland wenigstens so lange kein Interesse mehr haben, bis Poincaré am Ziel ist. Ob wohl er der britischen Reichskonferenz das Rücksel des Schutzolls ins Nest gelegt hat?

Poincaré wird die Zeit zu nützen wissen. Ihm genügt die Besetzung der Rheinlande und des Ruhrgebiets längst nicht mehr. Zunächst hat er die Verbündeten damit über-

rastet, daß er, nachdem er den großen Untersuchungsausschuß in Scherben geschlagen hatte, seinerseits einen Sachverständigenausschuß vorschlug, den die Pariser Entschädigungskommission zu ernennen hätte und an dem nur die in der Kommission vertretenen Verbündeten — also Amerika nicht — beteiligt sein sollen. Da Poincaré seinen Willen durchsetzen oder den Ausschuß überhaupt unmöglich machen wird — eine Lächerlichkeit wäre der Ausschuß Poincarés ja so wie so —, so bedeutet das nichts anderes, als daß es bei der Entschädigungsforderung von 132 Milliarden Goldmark mit der ganzen Reihe der selbstverständlichen „Sanktionen“ im Gefolge verbleiben wird. Die Verhandlungen mit den Industriellen im besetzten Gebiet haben sich zerfallen, hauptsächlich an der unannehmbaren Bedingung Frankreichs, daß die Kohlenlieferungen gar nicht auf die große Kriegsentwöhnung angerechnet werden sollen; mit ihnen sollten vielmehr die Besetzungskosten gedeckt werden. Die ganzen Verhandlungen waren nur eine Komödie; hat doch die französische „Ingenieurkommission“, die sie zu führen hatte, nun offen gesagt, daß der Vertrag von Anfang an festgestanden habe. Verhandlungen waren also nicht nötig und nicht gewollt. Jetzt, nachdem Poincaré wieder einige Wochen Zeit gewonnen hat, kommt das Diktat. Hunderttausende werden wieder arbeitslos, die Industriellen können sie nicht mehr bezahlen, und das Reich hat mit dem 15. November die Erwerbslostenunterstützung einstellen müssen. Aber gerade das kann Poincaré brauchen, denn aus diesen Erwerbslosen setzt sich das Heer der Sonderbündler zusammen, die unter französischem Schutz eine Stadt um die andere im besetzten Gebiet in Besitz nehmen. Poincaré nennt das „die im Vertrag von Versailles verbürgte Selbstbestimmung der Völker“. Dazu soll diese grünweißrote Republik demnächst eine eigene Geldwährung erhalten.

Aber Poincaré greift weiter. Er sucht nach einem Vorwand, die Besetzung weiter nach Deutschland hinein vorzuschieben. Der Pariser Botschaftercat sand oder mußte finden, daß es notwendig sei, Deutschland wieder unter militärische Aufsicht zu stellen. Die Reichsregierung lehnte das Ansinnen rundweg ab, scheint aber unter der Drohung von Sanktionen dann doch nachgegeben zu haben. Ein von Poincaré häufig benütztes Blatt schrieb darauf, „vielleicht“ werde es nicht möglich sein, ganz Deutschland zu überwachen; dann aber werde Frankreich um seiner „Sicherheit“ willen zu weiteren „Wandern“ greifen müssen, indem es die Bahnen über Frankfurt, die Nord- und Süddeutschland verbinden, in Besitz nehme. Ferner: der Putsch in München war kaum ausgebrochen, da ließ Poincaré in Berlin erklären, Frankreich werde eine Diktatur in Deutschland nicht dulden. Was ihn nicht abhielt, der Reichsregierung den „militärischen Schutz“ Frankreichs anzubieten, d. h. die Mainlinie zu besetzen. Die Reichsregierung dankte natürlich für diese „Hilfe“. Und welch ein Kummel wird gemacht darüber, daß der Kronprinz nach fünfjähriger Verbannung, die übrigens Deutschland nicht zur Ehre gereicht, mit Erlaubnis der Reichsregierung in seine Heimat, zu seiner Familie zurückkehrt ist. Als ob das nicht das Selbstverständlichste von der Welt wäre! Vertragsbruch, Kriegsschuldiger, „Sicherheit“, Sanktionen! — es schwirrt nur so. Sogar der Kaiser schon den deutschen Reisepaß für sich und seinen zwölfköpfigen „Hofstaat“ in der Tasche haben. Ist natürlich erlogen, aber es gibt Aufregung, wenn man einen neuen Weltbrand an die Welt malt. Vielleicht gibt es einen Vorwand zu Sanktionen. Poincaré wird nicht ruhen, bis er die Mainlinie bis Würzburg besetzt hat.

*) Obige Ausführungen befanden sich bereits im Druck, als die neuere Meldung kam, die mit den gestrigen Nachrichten im Widerspruch steht, daß der Kredit der Rentenbank an die Reichsfinanzverwaltung auf 900 Millionen Rentenmark erhöht worden ist. Damit war die Einlösungsmöglichkeit gegeben und der Notendruck für den Verwaltungsbedarf konnte tatsächlich erfolgen.

Neue Nachrichten

Die Notenspreßerei stillgelegt!

Berlin, 16. Nov. Amtlich wird bekanntgegeben, daß die „Inflation“, die Herstellung von Papiergeld, beendet ist. Die Reichsbank wird Noten nur insoweit noch herstellen lassen, als sie zum Ersatz für beschädigte Geldscheine nötig sind. Papiergeld wird von nun ab nur noch mit der Deckung diskontierter Warenwechsel ausgegeben.

Die Verteilung der Rentenmark

Berlin, 16. Nov. Die Reichsregierung wird von den ihr zur Verfügung stehenden Beträgen der Rentenmark einen gewissen Teil für die Auszahlung der Gehälter und Löhne der im Reichsdienst stehenden Beamten, Angestellten, Arbeiter und der Versorgungsberechtigten (Pensionäre usw.) verwenden sowie den Bundesstaaten und Gemeinden einen ent-

sprechenden Betrag für die Befoldungszuschüsse überweisen. Dabei wird ein Umrechnungskurs von 300 Milliarden Papiermark auf eine Rentenmark zugrunde gelegt. Die Ueberzahlung gegenüber dem öffentlichen Umrechnungskurs von 600 Milliarden soll bei der Festlegung der Nachzahlung für das dritte Novemberquartal und der entsprechenden Arbeitslohnwoche berücksichtigt werden. Die Kursvergünstigung ist also nicht eine Mehrleistung seitens des Reichs, sondern eine Vorzahlung. Von der weiteren Zuweisung an die Privatwirtschaft für Gehalts- und Lohnzahlungen wird zunächst Abstand genommen und es wird dies damit begründet, daß die ursprüngliche Absicht durch den Berliner Buchdruckerstreik vereitelt worden sei. Des weiteren hat das Reichskabinett seinen Beschluß vom 14. November, die Ausbezahlung der Erwerbslosenunterstützungen im besetzten Gebiet ab 15. November einzustellen, auf die Vorstellungen des Fünfzähler-ausschusses des besetzten Gebiets und der Sozialdemokratischen Partei wieder aufgehoben. Für die Fortzahlung der Unterstützungen sollen die mehr 100 Millionen Rentenmark bereitgestellt werden. Der Betrag, der von der Rentenbank der Reichsregierung zur Verfügung gestellt wird, soll sich auf 900 Millionen Rentenmark belaufen statt der ursprünglich festgelegten 300 Millionen.

Eisenbahnleihe

Berlin, 16. Nov. In dem Uebergangsvorschlag für den Reichshaushalt vom 15. November bis 1. März ist eine Anleihe für die Reichseisenbahn von 520 Millionen Goldmark vorgesehen.

Entfaltungen

Berlin, 16. Nov. Bei den zahlreichen Verhaftungen von Mitgliedern der kommunistischen Partei wurde sehr wichtiges Material gefunden, das beweist, daß die Partei jetzt durchaus militärisch organisiert ist. Bei dem Landtagsabgeordneten und Volksschullehrer Schneller in Dresden fand man eine Anzahl Generalstabarten, Aufzeichnungen über Standorte und Fernsprecheinrichtungen der Reichswehr usw. In Hamm i. W. wurde ein reiches Werbematerial für Reichswehr und Schutzpolizei entdeckt. Karten über Fernsprech- und Fernfunknetze, Zeichenerklärungen, Uebersichts- und Generalstabarten, Risse der wichtigen Bahnlinien, Flußübergängen mit eingekreisten Sprengpunkten, ferner Verzeichnisse der Stärke der Reichswehrtruppen, Berichte über die „Zuverlässigkeit“ der Truppen und der Polizei, Verzeichnisse der rechtsstehenden Verbände und ihrer Führer. Das Interessanteste ist eine Liste der Vertrauensleute der kommunistischen Partei in der Reichswehr, in der Schutzpolizei, in Regierungsämtern, Eisenbahnverwaltung usw.

Der Berliner Buchdruckerstreik

Berlin, 16. Nov. Die Gewerkschaftsleiter empfehlen den Abbruch des Buchdruckerstreiks. Die Zahl der Arbeitswilligen nimmt stündlich zu. Der „Berl. Lokalanzeiger“ ist heute wieder erschienen.

Der Befehlshaber im Wehrkreis III hat die gegen eine Reihe Vorstandsmitglieder der Berliner Verbände des Buchdruckerwesens erlassenen Haftbefehle angesichts des Bestandes der Streitabbrüche und der teilweisen Wiederaufnahme der Arbeit aufgehoben. Die Einleitung des Strafverfahrens bleibt dadurch unberührt.

Hugo Stinnes verhaftet

Düsseldorf, 16. Nov. Der Pariser „Intransigent“ meldet, General Dequante habe befohlen, den Reichstagsabgeordneten Geheimrat Hugo Stinnes zu verhaften.

Einigung in Bayern

München, 16. Nov. Die Vereinigten vaterländischen Verbände fordern in einem Aufruf zur Einigung und Sammlung auf und sie verlangen die Straffreiheit für die Teilnehmer am Hiltnerputsch. Die Universität ist wieder eröffnet worden.

Der Kronprinz-Kummel

Paris, 16. Nov. Der Reichshofrat trat gestern zusammen um über die Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland zu beraten. Ein Beschluß wurde auf Samstag vertagt.

Der deutsche Geschäftsträger v. Hörsch gab im Auswärtigen Amt die Erklärung ab, die Reise stehe mit den Vorgängen in München und mit der nationalen Bewegung in keinerlei Zusammenhang. Das zeitliche Zusammentreffen sei ein bedauerlicher Zufall. Der Kronprinz habe seit langer Zeit

sein Gewand eingereicht und es im Oktober wiederholt. Die sozialdemokratischen Mitglieder des früheren Kabinetts haben keine Bedenken gehabt, da der Kronprinz auf seine Ansprüche auf die Krone verzichtet habe. Die Reichsregierung bestreite, daß der Kaiser die Absicht habe zurückzutreten. Auf die Frage, ob die Reichsregierung ihm einen Releasepost ausstellen würde, antwortete Hörsch, darüber habe er keine Befehle.

Die „Londoner Times“ veröffentlicht eine Unterredung mit Stressemann, der erklärte, er sei überzeugt, daß sich der Kronprinz weder an einer militärischen noch einer monarchistischen Unternehmung beteiligen werde. Er werde sein Wort halten und sich nicht mit Politik beschäftigen.

Die Sanktionen

Berlin, 16. Nov. Der französische Plan bezüglich der gegen Deutschland zu verhängenden Sanktionen steht vor, daß die französische Regierung mit den Verbündeten zusammengehen wird, wenn alle Verbündeten über die Art der Sanktionen „vollkommen einig sind“. Falls die Sanktionen Frankreich nicht genügen, behält es sich vor, sie zu „vervollständigen“. Würden sich aber die Verbündeten gegen die französischen Vorschläge erklären, so würde Frankreich allein oder zusammen mit Belgien vorgehen und vollkommen frei handeln, „da es seine Sicherheit als bedroht anzusehen hätte.“

Mißtrauensantrag gegen Baldwin abgelehnt

London, 16. Nov. Im Unterhaus brachte die Arbeiterpartei einen von Macdonald begründeten Antrag ein, der von Baldwin vertretenen Politik das Mißtrauen auszusprechen. Baldwin erklärte, die Regierung habe von Anfang an eine Regelung der Entschädigungsfrage gewünscht, sie habe sich aber daran erinnert, daß auch der Abschluß des Friedens nicht überstürzt werden durfte. (1) Wenn neue Meinungsverschiedenheiten geschaffen würden, so würde das gegenwärtige Unbehagen nur noch verlängert. Die Regierung versuche, die Bestrebungen der früheren Regierung fortzusetzen, um eine allgemeine Regelung der gegenwärtig vorliegenden Fragen zu erlangen. Sie sei sich bewußt, daß sie augenblicklich keinen Erfolg erringen habe. Es wäre aber schwierig, mit den Verbündeten, die die Mitarbeit fast unmöglich machte, ins Unendliche neue Verhandlungen zu unternehmen. Die Regierung habe keine Gelegenheit verpaßt, um den Verbündeten bekannt zu geben, daß das englische Volk nicht länger den Willen zur Zusammenarbeit aufweisen könne, wenn der gegenwärtige Zustand verlängert werde. Durch die Ruhrbesetzung sei die Wiederherstellung in Europa auf Jahre hinaus verzögert worden. Er glaube sicher, daß die Vorschläge der Regierung für die Behebung der Arbeitslosigkeit geeignet seien, sie wirksam zu bekämpfen. Nach Baldwin sprach Lloyd George, der den Freihandel verteidigte. Der Mißtrauensantrag wurde mit 285 gegen 190 Stimmen abgelehnt.

Württemberg

Stuttgart, 16. Nov. Zusammentritt des Landtags. Der Kleinstenrat des Landtags hat in einer Besprechung vom 15. ds. Mts. vereinbart, daß am Mittwoch, den 28. November, die Vollstimmungen des Landtags wieder aufgenommen werden sollen.

Stuttgart, 16. Nov. Vom Landtag. Die Abgg. der Rechten, Siller, Dr. Roth und Dr. Wolf (Bürgerp.) haben an die würt. Staatsregierung folgende kleine Anfragen gerichtet: Die Umwandlung der Geldwährung hat Handwerk und Kleinhandel in eine unerträgliche Lage gebracht. Einerseits ist verboten, beim Verkauf wertbeständige Zahlungsmittel zu verlangen, andererseits können die Gewerbetreibenden und Kleinhandl. beim Ankauf von ihren Lieferanten Waren nur gegen wertbeständige Zahlungsmittel erhalten. Außerdem wird von ihren Arbeitern und Angestellten selbst auf Grund von Schlichtungsschiedsprüchen ein großer Teil der Löhne und Gehälter in diesen Zahlungsmitteln verlangt. Trotz aller Bemühungen dieser Kreise sind aber wertbeständige Zahlungsmittel nirgends zu bekommen. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, daß mit möglichstster Beschleunigung eine entsprechende Menge wertbeständiger Zahlungsmittel den Banken, welche in erster Linie für die Mittelstandskreise in Betracht kommen, zugeführt werden?

Die gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen drohen durch Ueberspannung der Versicherungsbeiträge für

die Ortskrankenkassen zum Erliegen zu kommen. Die Beiträge sind von Woche zu Woche in rapidem Steigen begriffen, dagegen gehen die Leistungen der Kassen tag um tag umfangreicher Kreditgewährung seitens des Staats heran zurück, daß von einer nennenswerten Unterstützung in Krankheitsfällen nicht mehr gesprochen werden kann. Dagegen wird ein Abbau des den größten Teil der Einnahme verschlingenden Verwaltungsapparats nirgends in Angriff genommen. Ist das Staatsministerium bereit, unverzüglich eine durchgreifende Neuorganisation und Verbilligung der Verwaltung durchzuführen und bis zu einer den heutigen Verhältnissen angepaßten Neuorganisation des Versicherungswesens eine Aulhebung des gesetzlichen Versicherungs-zwangs in die Wege zu leiten?

Stuttgart, 16. Nov. Zuständigkeit und Gebühren der Gemeindegerichte. Das Staatsministerium hat durch Verordnung vom 15. Nov. 1923 die Zuständigkeit der Gemeindegerichte für künftig auf Streitwerte erstreckt, die sich ergeben, wenn für die großen und mittleren Städte, sowie für die Gemeinden 1. Klasse die Grundzahl von 60 M., für die Gemeinden 2. Kl. die Grundzahl von 40 M. und für die Gemeinden 3. Klasse die Grundzahl von 20 M. je mit der Teuerungszahl vervielfacht wird. Gleichzeitig ist der auch den übrigen Gerichtsgebühren zugrunde liegende Gebührensatz für die Erledigung eines Rechtsstreits durch Entscheidung des Gemeindegerichts von 5 auf 4 Prozent herabgesetzt und die Mindestgebühr auf 0,20 M., vervielfacht mit der jeweiligen Teuerungszahl, bestimmt worden. Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Das fremde Stadtgeld. Stadtgeldscheine von Städten der Umgebung Stuttgarts werden bei der Stadtkasse und der städt. Girokasse Stuttgart angenommen. Im übrigen werden sie bei der Würt. Girozentrale eingelöst.

Vom Rathaus. Der Gemeinderat hat die Hundesteuer auf 10 Goldmark für den ersten, 15 für den zweiten und 20 für den dritten Hund festgesetzt. Für die Fremdensteuer wurde ein Einheitsatz von 25 Prozent aufgestellt.

Goldmarkpreise für Fleisch. Der Segen der unvermittelten Goldmarkberechnung kommt in den neuen Fleischpreisen Stuttgarts vom 17. November zum offenkundigen Ausdruck. Man höre und staune: Rindfleisch 1. Güte 1.20 (720), 2. Güte 1.— (600), Kalbfleisch 1.50 (900), Schweinefleisch 2.10 (1260), Hammelfleisch 1.40 (840), Schafffleisch 1.30 (780). Die Preise betragen so ziemlich das Doppelte der Vorkriegspreise.

Der Gaspreis wurde auf 72 Milliarden für das Kubikmeter, der Strompreis für Wohnung und Kraft auf 120, für Licht auf 240 Milliarden die Kilowattstunde erhöht.

Die Straßenbahn geht wahrscheinlich schon von Samstag ab zur Goldmarkberechnung über und zwar gelten die folgenden Sätze: Fahrtscheine bis zu zwei Teilstrecken acht Goldpfennig, bis zu vier Teilstrecken zehn Goldpfennig, bis zu acht Teilstrecken 15 Goldpfennig, mehr als acht Teilstrecken zwanzig Goldpfennig. Kinder, Nachtzuschlag und tarpflichtiges Handgepäck 5 Goldpfennig.

Beschlagnahme. Die kommunistische „Südb. Arbeiterzeitung“ ist wegen Aufreizung zum Bürgerkrieg wieder einmal beschlagnahmt worden.

Die Mindestverkaufszeit im Kleinhandel wurde für Stuttgart vom Polizeipräsidium auf 9.30—10.30 Uhr vormittags und 3—5 Uhr nachmittags, für Lebensmittelgeschäfte von 8—10 und 2—5.30 Uhr festgesetzt.

Das Eisenbahnunglück bei Cannstatt. Zu dem schweren Unfall auf der Umgebungsbahn Untertürkheim—Kornwestheim ist noch nachzutragen: Kurz vor 6 Uhr abends ging eine einzelne Güterzuglokomotive mit dem Führer Wlb. A. B. E. von Heilbronn von Untertürkheim nach Heilbronn ab zu einer Zeit, wo von Kornwestheim ein Arbeiterzug eintreffen mußte. Die Maschine beachtete das Halt-Signal nicht und fuhr, was fast unbegreiflich ist, auf dem linken Gleis statt auf dem rechten weiter. In dem tiefen Einschnitt hinter dem Ruckfall bezw. Sulzerstein in der Nähe der Brücke der nach Waiblingen führenden Straße, kam auf gerader Strecke der aus 5 Wagen bestehende Zug in Sicht und gleich darauf erfolgte der Zusammenstoß. Die rückwärts fahrende Güterzuglo-

Aus Münchens guter alter Zeit

(Lex mihi ars — Die Kunst mein Geseß)

Musikroman von Dr. Hans Fischer-Hohenhausen.

(Nachdruck verboten.)

Ein kurzes Gebumm war die Antwort. An derlei war sie gewöhnt und erfuhr fast nie den Grund. Aerger und Verdrießlichkeiten gab es in der Praxis genug und Adokat Fischer würgte diese Dinge in sich hinein. Während er schweigend die Suppe in seinem Teller kühlte, schien ihr erst jetzt aufzufallen, daß ein Plag am Tisch leer war.

„Wo ist Hans?“ frug er kurz.

„Ist schon zu Hause — er macht, glaub' ich, noch Schularbeiten.“

„Er soll zu Tisch kommen! Was ist das für eine Manier?“ erregte sich der Vater.

Rach war die älteste Schwester aufgestanden und holte ihren Bruder. Dieser entschuldigte sich, daß er in seinem Verneiser die Essensstunde übersehen habe.

„Ich war ganz vertieft in meinen Homer!“

Mit sanfterer Stimme frug der Vater:

„Was-lest Ihe denn gerade im Homer?“

Hans erschrak, denn er hatte gelogen. Nach einigem Stocken berichtete er, daß sie den ersten Gesang der Odyssee begonnen hätten.

„Nun, wie fängt denn die Odyssee an?“

Hans wurde sehr verlegen.

„Den ganzen Nachmittag studierst Du darüber und kannst nicht mal die ersten paar Verse auswendig; ich soll Dir wohl helfen?“

Hans schwieg.

„Da sieht man wieder, was Du für ein Interesse daran hast! Ist das das einzige Ergebnis, daß Du den ganzen Nachmittag über der Odyssee gebüßelt hast?“

Der Adokat war ungewöhnlich heftig geworden.

„Aber, Alois!“ begütigte die Mutter, „er war doch Nachmittags auch bei Herrn Strauß gewesen, die jungen

Leute haben Kammermusik gespielt — Du hast ja noch gar nichts davon erzählt, Hans!“

„Der Verkehr wird jetzt wohl ein Ende haben müssen und überhaupt die ganze Musikmacherei — wenn andere Väter ihre Söhne Musikanten werden lassen, — mein Sohn soll in anständiger Gesellschaft bleiben!“

„Was ist denn vorgefallen?“ frug bleich und entsetzt die Mutter.

„Hast Du gewußt, was Dein sogenannter Freund und Schulkamerad für ein Frächel ist?“ donnerte sein Vater heraus.

„Run sag' doch endlich, was ist los?“ flehte die Mutter.

„Der Herr Ritschak ist heute nachmittag in meiner Kanzlei gewesen und hat mir Mandat gegen seine Frau erteilt, die auf Ehescheidung klagt. Als Belastungszeugen gibt er aber den jungen Strauß an. Das ist's!“

Einige Sekunden herrschte peinliche Stille.

„Habe doch schon lange so etwas gefürchtet“, flüsterte die Mutter mit bedeutsamem Blick zu ihrem Sohn hinüber; rasch sank sie sich und sprach:

„Dafür kann doch unser Hans nichts!“

„Mit solchen Kameraden verkehrt ein anständiger Schüler nicht! Das ist das Musikantentum, das in dem Keil steckt — und dann sind gleich die Sakramentsweiber dahinter und verführen so einen eilen jungen Menschen! Und dem willst Du nachsehen? So was willst Du auch werden?! Mit Weibern scharmuzieren, statt Ernstes zu arbeiten!“ Immer drohender wandte er sich jetzt an seinen Sohn. „Ich sag' Dir, wenn Du mir so was machst, Hans, ich jag' Dich zum Haus hinaus! Ich geb' Dich zu einem Schneider in die Lehr! Ich schlag' Dich aber vorher windelweich, so groß und alt Du bist!“

„Aber Papa, Hans hat doch nichts begangen — was schimpfst Du ihn?“ wollte die Mutter begütigen.

„Warum verkehrt er nicht mit Schulkameraden, die einen ernstern Sinn haben! Musil darf nicht zur Leidenschaft ausarten! Dein Professor hat mir kürzlich gellagt,

daß Du trotz Deiner Begabung in keinem der Gymnasialfächer das leistest, was Du könntest, weil Du mit Deinen Gedanken immer bei der Musik seiest. Ich selbst muß mitummer wahrnehmen, daß Du alle Deine andern Gaben darüber vernachlässigst. Du zeichnest und malst fast gar nichts mehr, vernachlässigst das Schauspiel, bloß weil Du's in der Musik dem Richard Strauß nachtun möchtest. Und selbst wenn Dein Talent an seines herantretete, was, zum Donnerwetter, kannst Du da werden?! Höchstens Musikdirektor, und darfst Dich Dein Leben lang mit Stunden geben abschinden, kommst in diese liederliche Musikantenbande hinein und mußt dereinst Menschen als Kollegen behandeln, die — von Fachkenntnissen abgesehen — in der großen Mehrzahl ungebildet sind!“

„Hans hat mir versprochen, daß er Arzt werden und die Musik nur als Dilettant betreiben will,“ befänstigte die Mutter.

„Dafür werde ich schon sorgen!“ sagte die Mutter. „Ich will, daß er nicht nur so durchschwimmt im Gymnasium. Er soll einsehen, daß die Kenntnisse, die er sich erwirbt, für's Leben bestimmend sind; Musil hat er genug und übergenuß gelernt, aber im Lateinischen und Griechischen hapert's! Steht ein halbes Jahr vor der Prüfung und weiß nicht, wie die Odyssee beginnt, kennt keine Ode des Horaz auswendig, weiß nichts von der Philosophie des Plato, kennt überhaupt die Unterschiede der griechischen Philosophenschulen nicht...“ Mit wachsender Erregung wandte er sich jetzt wieder unmittelbar an seinen Sohn: „Wie willst Du dereinst bestehen, wenn unter Akademikern da und dort ein Citat aus Sophokles oder Virgil fällt und Du verstehst es nicht?! Auslachen mußt Du Dich lassen! Wie denkst Du Dir, etwas Nichtiges zu werden ohne genaue Kenntnis der alten Klassiker — auch wenn Du Arzt werden willst! Dann wirst Du bestenfalls ein Fachimpel mit Musikbegleitung.“

(Fortsetzung folgt.)



Soziales.

Wildbad, den 17. Nov. 1923.

Filmvorführung: Argentinien als Einwanderungsland. Unter gewaltigem Jubel hat am 5. Abend in Stuttgart die Vorführung des hochinteressanten Films des deutschen Volksbunds in Argentinien „Argentinien als Einwanderungsland“ für Württemberg begonnen. Das Deutsche Ausland-Institut, dem der Film zur Vorführung nicht nur in Stuttgart, sondern auch in anderen württembergischen Städten übergeben worden ist, hat sich entschlossen, den Film vielseitigen Wünschen entgegenkommend auch in Wildbad zu zeigen, wo die Vorführung am Montag den 19. November, abends von 7/8 Uhr ab, in den Linden-Lichtspielen stattfinden wird. In einer Zeit, in der in ganz Deutschland der Auswanderungsgedanke infolge der immer größer werdenden wirtschaftlichen Not die weitesten Kreise bewegt, dürfte das Filmwerk des Deutschen Volksbunds auch in Wildbad des Interesses aller Teile der Bevölkerung sicher sein. Der Film zeigt in seinem ersten Teil die Ausschiffung der Einwanderer im Hafen von Buenos-Aires, ihre Aufnahme und Beschäftigung im Einwandererhotel, die Stellungsvermittlung und Beratungstätigkeit des Deutschen Volksbunds und des Bundes zum Schutze germanischer Einwanderer in Buenos-Aires und gibt gute und anschauliche Bilder vom Leben und Treiben in der argentinischen Hauptstadt. Die vier anderen Teile des Films sind dem Leben des deutschen Siedlers im Inneren Argentiniens gewidmet. Sie zeigen, wie er im Rüstengebiet als Obstpflanzer und Viehzüchter ein bescheidenes Leben führt, führen dann in die unermess-

lichen Ebenen der Provinz Santiago del Estero, wo eine Kultur nur unter Zuhilfenahme künstlicher Bewässerung möglich ist, während die beiden letzten Teile des Films im nördlichen Teil Argentiniens spielen, wo der deutsche Siedler bei der schweren Arbeit der Urwaldrodung im Misiones und bei der Urbarmachung der zum Teil noch unerforschten Ebenen des Chacogebiets gezeigt wird. Besonders begrüßenswert ist, daß das Deutsche Ausland-Institut dem interessanten Film einen sachkundigen Redner beigeben wird, der zu den einzelnen Bildern die notwendigen Erläuterungen zu geben vermag.

Fußball. Zum letzten Spiel auf fremden Plätzen begeben sich die einheimischen Mannschaften morgen nach Neuenbürg um auf dem dortigen Platz das Rückspiel gegen Waldrennach, das noch keinen Spielplatz besitzt, auszutragen. Das Resultat Waldrennach-Pfingzweiler (1:2) wartet dringend vor einer Unterschätzung des Gegners, da davon meistens die überraschenden Niederlagen herühren.

Mietzins. Die Beroielfältigungszahl beim Mietzins für die Woche vom 11. bis 17. November beträgt das 15 425 Millionenfache, für Räume, die gewerblichen Zwecke dienen, das 16917 Millionenfache.

Calmbach, unser Nachbarort, wird nun doch noch ein Elektrizitätswerk bauen, trotz der schwierigen Zeiten. Man will der Arbeitslosigkeit Rechnung tragen, so bald wie irgend möglich mit den Arbeiten beginnen, um auch in sozialer Hinsicht für breitere Schichten so etwas zu tun. Dank großen Entgegenkommens, auch von privater Seite, bez. bezüglich Grund und Bodens, konnte der Beschluß gefaßt werden.

Ev. Gottesdienst. Sonntag, 18. Novbr. 9¹/₂ Uhr Predigt: Stadtpfarrer Reidel. 10¹/₂ Uhr Kindergottesdienst. 1 Uhr Christenlehre (Söhne): Stadtpfarrer Dr. Federlin. 5 Uhr, im Saal des Bahnhofhotels, Jahresversammlung des Ev. Volksbunds. Geschäftliches Vortrag von Stadtpfarrer Dr. Federlin über: Frh Oberlin, dem Vater des Steintals. 2 Uhr nachm. Predigt in Sprollenhäuser Stadtpfarrer Reidel. Im Anschluß Christenlehre.

Kath. Gottesdienst. Sonntag, 18. Nov. 7¹/₂ Uhr Frühmesse, 9¹/₂ Uhr Predigt und Amt, 1¹/₂ Uhr Christenlehre und Andacht. Werktags: Montag und Donnerstag keine hl. Messe, an den übrigen Tagen 7¹/₂ Uhr hl. Messe. Veicht: Samstag nachmittags von 4 Uhr an, Sonntag in der Frühe, Werktags vor der hl. Messe. Kommunion: Sonntag bei der Frühmesse, Montag nicht, Donnerstag 7 Uhr, an den übrigen Tagen bei der hl. Messe.

Veränderter Bezugspreis.

Infolge des überraschend eingetretenen, ungewöhnlich hohen weiteren Marktes muß, wie bei allen übrigen Zeitungen, eine Veränderung unseres Bezugspreises eintreten. Der neue, zur Erhebung kommende Betrag stellt sich auf 140 Milliarden. Falls sich der Geldstand nochmals erheblich verschlechtert, würden wir gezwungen sein, eine weitere Erhöhung eintreten zu lassen. Es liegt deshalb im Interesse unserer Bezieher, für möglichst schnelle Bezahlung besorgt zu sein.

Verlag des „Wildbader Tagblatt“.

Sigung des Gemeinderats

am Dienstag, den 20. November 1923, nachm. 5 Uhr.

Tagesordnung:

- 1) Besuch der Bewohner des Hochwieswegs und Umgeb. und der Parzelle Christophshof um die Herstellung der elektrischen Beleuchtung.
- 2) Besuch der Holzhauer Wilhelm Bausert und Genossen um Wiederbeschäftigung im Stadtwald.
- 3) Besuch des hiesigen Konsumvereins um Einräumung eines Kredits von 5000 Goldmark = 2000 Billionen.
- 4) Besuch des Kraftwagenführers Friedr. Schraft um Einreichung in die Befoldungsanzug.
- 5) Besuch der Frau Wiedbraud Witwe um Ueberlassung eines Bauplatzes zur sofortig. Erbauung eines Wohnhauses.
- 6) Besuch des Buchdruckers Fröhlich um Ueberlassung der städtischen Inzerate für die Wildbader Zeitung.
- 7) Besuch des Musikvereins und Geflügel- und Kaninchenzüchter-Vereins um Beiträge aus der Stadtkasse.
- 8) Regelung der Belohnung des Krankenhaus- und Turnhalle-Auffsehers Koller.
- 9) Sonstiges.

Bekanntmachung.

Als Stellvertreter des erkrankten Stadtbauamteisters Munt wurde als Ortsbautechniker für den hiesigen Gemeindebezirk aufgestellt: Bauwerkmeister Karl Krauß hier.

Wildbad, den 16. November 1923.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Auf die am Rathaus angeschlagene ab 5. November 1923 gültige Neuregelung der Beiträge und zugrundeliegenden Jahres- usw. Verdienste wird hierdurch hingewiesen. Änderungen werden jeweils dort angeschlagen.

Wildbad, den 16. November 1923.

Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung: Guibub.

Linden-Lichtspiele.

Samstag abend halb 9 Uhr

Sonntag nachm. 4 Uhr und abends 7/9 Uhr.

Das große Sensationsprogramm:

Der Riese

italienisches Sensationsdrama.

Der Diamantenräuber

Sensationsdrama in 5 Akten.

Deutsches Ausland-Institut.

Montag, den 19. November 1923

abends 7/8 Uhr

Film-Vorführung

„Argentinien als Einwanderungsland“

in den

Linden-Lichtspielen Wildbad.

Milchpreis.

Der Verband württ. Milchbedarfsgemeinden hat den Erzeugerpreis (Stallpreis) für 1 Liter Milch auf 15 Goldpfennig festgesetzt. Hierzu kommen 5 Goldpfennig Fuhrlohn und weitere Kosten von ca. 1 Pf., zusammen 21 Goldpfennig für 1 Liter. Der Verkaufspreis ab heiliger Sammelstelle muß deshalb vom 17. bis 29. Novbr. auf 124 Milliarden festgesetzt werden.

Stadtschultheißenamt.

Stadt Wildbad.

Stangen- und Papierholz-Verkauf

am Dienstag, den 20. November 1923 vorm. 10 Uhr auf dem Rathaus in Wildbad aus Banne:

Bau: I a 22, I b 24, II 15, III 2,

Stag: I 15, II 16, III 5,

Stopf: I 16, II 1,

2 erlene Derbstangen,

7 Rm. Papierholz III. Kl. in der Rinde.

FRANZ SEIFER
ELISE SEIFER geb. JAHN
VERMÄHLTE

WILDBAD :: 17. November 1923

Ihre Wäsche wird viel zu teuer.

Die Not der Zeit verlangt Sparsamkeit an allen Enden. Auch für die Hauswäsche gilt dies Gebot. Wenn Sie

Persil

verwenden und zwar richtig, nach Vorschrift, so brauchen Sie zur Erzielung einer tadellosen Wäsche nichts weiter als Persil und heben die halbe Arbeit!

verbilligt die Wäsche!

Es ist — richtig angewandt — von viel größerer Ergiebigkeit als Sie wissen: Einmaliges, kurzes Kochen, und Sie haben eine saubere, blendend weiße Wäsche! Das mag erstaunlich klingen, ist aber so. Sie müssen es nur einmal versuchen. Nötig ist allerdings, daß Sie Persil genau nach der Gebrauchsanweisung verwenden, es kalt auflösen und ohne die vielen Zusätze gebrauchen, die seine gute Wirkung hemmen und das Waschen so sehr verteuern. Merken Sie sich: Persil ist kein Seifenpulver, wie es hunderte gibt, sondern es ist das Waschmittel, welches durch seine schmutzlösenden Eigenschaften die Wäsche selbstständig wäscht und sie zugleich blendend weiß macht. Durch Ausschaltung jeder eindringlichen Bearbeitung mit Waschbrett und Bürste wird so das Gewebe weitgehend geschont. Versuchen Sie es einmal, und Sie werden erkennen:

Das Persilverfahren ist die wirtschaftlichste Waschmethode, die es gibt!

Werkstatt

oder hierfür geeigneter Raum wenn auch unheimbar, gegen wertbehaltende Miete gesucht. — Zuschriften erbeten unter G. E. 97 an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Achtung!

Achtung!

Apollo-Lichtspiele Calmbach

Samstag und Sonntag, den 17. u. 18. Nov.

««« Großes »»»

Künstler-Programm

mit erstklassiger Musikbegleitung!

Näheres siehe in den örtl. Plakatschlägen.

Ueberzeugen Sie sich auch an d. Frontreklame!

Phantastisch!

Hochinteressant!



Morgen abend ab 7 Uhr gemütlich Beisammensitzen der aktiven und passiven Mitglieder im „Ratskeller“.

W. B. W.

Den Kartoffelbedarf wolle man bei Kaufm. Josef Mayer anmelden.



HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNITED AMERICAN LINES

Nach

NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-

AMERIKA

AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende 1. Klasse mit Speise- und Reiseartikel. Erstklassige Salon- u. Kajütenvergnügen.

Etwa wöchentlich Abfahrten von

HAMBURG nach NEW YORK

Auskünfte u. Druck-sachen durch

HAMBURG-AMERIKA

LINIE HAMBURG

und deren Vertreter in

Wildbad:

Chr. Schmid & Sohn

Kg.-Karlst. 68 Fernruf 85

Cig.-Groß- u. Kleinv. - Exp.

Reisegepäckvers. d. Europ.

Reisegepäck-Versicherung A.-G.

